

Leitlinien Bürgerbeteiligung BS

Dokumentation Onlinebefragung

10.10.2022 – 30.10.2022

Onlinebeteiligung

Die im Rahmen der 2. Sitzung des Arbeitskreises vertiefend bearbeiteten Cluster bzw. Kategorien wurden für die Onlinebeteiligung als Thesen formuliert und mit der Möglichkeit bzw. Aufforderung zur Kommentierung veröffentlicht. Die Onlinebeteiligung war zwischen dem 10. und 30. Oktober 2022 auf der Internetseite „www.braunschweig/beteiligung.de“ möglich.

Die Beiträge der Onlinebeteiligung verbleiben insgesamt im Themenspektrum der zugrunde-liegenden Kategorien bzw. Cluster. Von Bürgerinnen und Bürgern gingen insgesamt 60 Beiträge ein, von denen vier als Kommentare bzw. Beiträge ohne inhaltlichen Bezug zum Thema abgegeben wurden. Die somit insgesamt 56 Beiträge lassen sich grob in neun Aspekte differenzieren (siehe Abbildung 1). Die meisten Beiträge (11x) betreffen Aspekte der Transparenz bzw. befürworten diese und heben sie in ihrer Bedeutung hervor. Dabei geht es auch um die Verständlichkeit und Zugänglichkeit von Information bzw. die Kommunikation im Rahmen und Umfeld von Beteiligung. Es folgen an zweiter Stelle (10x) Aspekte, die tendenziell Bestandteile des Grundsatzkonzepts bilden könnten. Hierzu zählen zum einen spezifische Hinweise zu Vorgehensweisen oder Methoden, die im Falle von Beteiligungsprozessen zur Anwendung kommen könnten (z.B. „Systemisches Konsensieren“, Stakeholdersgespräche, „Design Thinking“), zum anderen wird sich aber auch für konkrete Instrumente (Beteiligungsbeirat/Gremium, Vorhabenliste) ausgesprochen.

Acht Beiträge beziehen sich auf die Zielgruppe bzw. den Akteurskreis derjenigen, die beteiligt werden sollten; inklusive der Einbeziehung von „Nicht-Braunschweiger*innen“ bzw. von Organisationen. Weitere sieben Beiträge fokussieren den Umgang mit den Ergebnissen, wobei hier tendenziell die Frage der Verbindlichkeit und des konstruktiven Umgangs auf Seiten der Verwaltung besonders betont wird. In sechs Beiträgen werden bereits erste mögliche Themen bzw. Projekte benannt, für die die Verfasser*innen Beteiligungsverfahren für angebracht bzw. notwendig erachten. Zusammen fünf Beiträge betreffen Inhalte, die voraussichtlich im Rahmen der Präambel und damit direkt oder ggf. auch indirekt über das dort formulierte Grundverständnis der Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Braunschweig geklärt und definiert werden. Diese Beiträge thematisieren z.B. eigene Projektideen für Vorhaben, begreifen Bürgerbeteiligung als quantitatives Befragungs-instrument (Mehrheitsvotum) oder als ein für die (Stadt-)Verwaltung verpflichtendes Votum. Es folgen jeweils drei Beiträge, die auf die Wichtigkeit von Diversität hinweisen und den Charakter des Interessensausgleichs benennen, den Beteiligung grundsätzlich aufweisen kann. In zwei Beiträgen wurde schließlich konkret die Einrichtung einer zentralen Stelle für Beteiligung genannt.

Beiträge Onlinebeteiligung

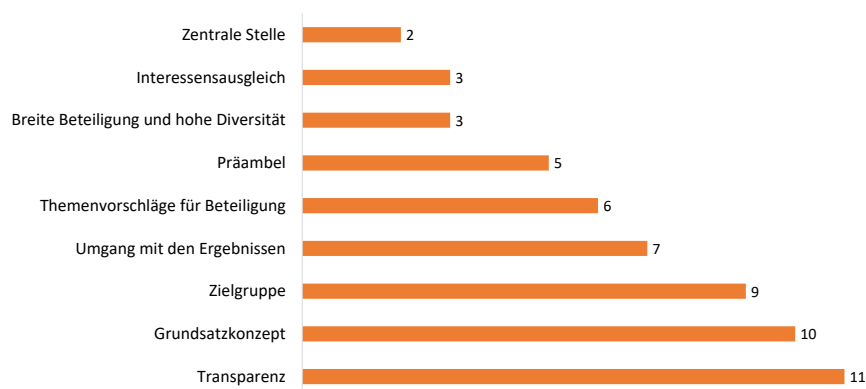


Abbildung 1: Kategorisierte Ergebnisse der Onlinebeteiligung

Die Ergebnisse der Onlinebeteiligung wurden dem Arbeitskreis auf der 3. Sitzung knapp zusammengefasst vorgestellt. Im Fokus stand dabei vor allem die Information über Anregungen, die bislang nicht oder kaum im Arbeitskreis diskutiert wurden. Die Erfahrungen aus der Onlinebeteiligung konnten somit von den Mitgliedern des Arbeitskreises in die Ausarbeitung und Formulierung der Leitlinienentwürfe einbezogen werden.

Die mit Bezug zum Grundsatzkonzept genannten Aspekte werden vom Organisationsteam gesammelt und entsprechend in die Ausarbeitungsphase des Grundsatzkonzepts übertragen bzw. dem Arbeitskreis zu diesem Zeitpunkt wieder zugeführt.

Alle Beiträge der Onlinebeteiligung sind im Folgenden gemäß der genannten Auswertungskategorien geordnet und im genauen Wortlaut aufgeführt.

ID	Transparenz (11x)
329	<p>Ich stimme dem oben geschriebenen voll und ganz zu. Nicht alle Menschen lesen die Zeitung, informieren sich regelmäßig auf der Internetseite der Stadt oder tauschen sich in sozialen Medien aus. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Planungsabsichten zu den Menschen zu bringen und sichtbar vor Ort zu präsentieren. Dies kann zum Beispiel durch Informationstafeln am Ort der Planung im öffentlichen Raum passieren. Eine weitere Möglichkeit könnte ein kleines Ausstellungsmodul sein, welches vor Ort aufgestellt wird. Auf den Tafeln sollten dann auch die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wo und wann Beteiligungsmöglichkeiten bestehen und wo weitergehende Informationen zu finden sind. Bei Hochbauten wäre es hilfreich, die Geometrie in Lage und Höhe abzustecken, so wie es in der Schweiz allgemein verpflichtend ist. Es ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Menschen Pläne lesen können.</p>
327	<p>Ich unterstütze die Aussage, dass eine Beteiligung am Anfang der Planungen erfolgen muss. Die Beteiligung muss aber auch kontinuierlich mit dem Projektfortschritt weitergeführt werden. Es ist nicht zielführend, wenn die Unterlagen zur Beteiligung am Ende der Beteiligungsfrist von der Internetseite der Stadt Braunschweig verschwinden, wie aktuell immer wieder festzustellen. Auch Bürgerinnen, die es nicht geschafft haben sich innerhalb der teilweise recht kurzen Fristen mit einem Projekt zu beschäftigen, sollten die Möglichkeit haben, sich zu jeder Zeit über das Projekt zu informieren.</p>
306	<p>Werden demnächst Mitarbeiter gesucht die von Haustür zu Haustür gehen und die Menschen so lange nerven, bis sie teilnehmen? Wenn ich keine Lust habe teilzunehmen, dann nehme ich nicht teil. Wo ist das Problem? Die Stadt macht ein Angebot und entweder nimmt man das an oder man lässt es bleiben, ist doch vollkommen in Ordnung.</p>
305	<p>Natürlich sollte jeder dran teilnehmen können, aber zwingen kann man doch auch niemand. Wenn die Stadt eine richtige Anlaufstelle hat (Website und zentrale öffentliche Stelle) wo alle laufenden Beteiligungen (+Archiv) zu finden sind, kann jeder jederzeit teilnehmen. Der Zugang muss einfach werden, um sich beteiligen zu können. Wo finde ich heute übersichtliche Informationen zu allen Vorhaben? Wen rufe ich an oder wo gehe ich hin, wenn ich Informationen suche? Aktuell ist es Zufall, wenn ich von Beteiligungen erfahre.</p>
304	<p>Transparenz! Auf jeden Fall. Doch die Verwaltung ist zu laut eigenen Aussagen schon jetzt unterbesetzt, wer soll das also machen? Gibt es dafür ein richtiges Kommunikationsteam, um auch verständlich zu kommunizieren?</p>
302	<p>Informationen sind wichtig und das am besten bevor eine Planung beginnt und dann kontinuierlich. Damit die Mitarbeitenden der Stadt aber noch arbeiten können und nicht in den Vorbereitungen von Beteiligungen die Arbeit leidet, müssten z.B. Projektseiten gepflegt werden und das am besten auf einer anschaulichen Website (die städtische Seite ist im Aufbau leider nicht selbsterklärend). Dann können alle Interessenten sich Information holen und die städtischen Mitarbeiter können arbeiten. Häufig gestellte Fragen könnten in FAQ beantwortet werden. Wofür hat die Stadt den ein Referat Kommunikation, die könnten die Ingenieure unterstützen und jeder macht das, was er kann. Zu Meilenstein kann ja auch was größeres geplant werden, aber man sollte es nicht übertreiben mit den Veranstaltungen.</p>
301	<p>Transparenz und Verständlichkeit sind unabdingbar. Nur so kann das Vertrauen in eine gewünschte und gelebte Bürgerbeteiligung hergestellt werden.</p>
299	<p>Dass das Verfahren transparent ist, finde ich wesentlich, wenn es ernstgemeint ist.</p>

297	Gerade mit Blick auf die große und wachsende Menge an Niedersachsen, die sich nicht an der Landtagswahl beteiligt haben, ist es wichtig, diese Gruppe aktiv aufzusuchen, hinzuhören und zum Mitmachen anzuregen.
295	Ich halte eine Transparenz und eine Erläuterung der Entscheidung für wesentlich. Ich "Otto Normalbürger" kenne z.B. Sachzwänge, Verordnungen und die Finanzlage nicht ausreichend und könnte mit einer Erklärung auch unliebsame Entscheidungen nachvollziehen und eher mittragen.
272	Es muss am Anfang deutlich gemacht werden, wie das weitere Verfahren ist, d.h. welche Schritte noch folgen und in welchen Zeiträumen. Ebenso muss klar sein, welchen Stellenwert die Beteiligungsergebnisse im gesamten Prozess haben.

ID	Grundsatzkonzept (10x)
320	Die Idee eines öffentlich zugänglichen Beteiligungsraumes finde ich klasse.
314	<p>Der obige Vorschlag ist gut, es wird jedoch keine Methode erwähnt, wie das geschafft werden soll. Das systemische Konsensieren wäre eine solche Methode, mit welcher das Ergebnis des geringsten Widerstandes ermittelt werden kann: https://wiki.foodsharing.de/Systemisches_Konsensieren Um ein aktuelles Beispiel dafür aufzuführen: In der Stadt wird zurzeit groß über den Bahnübergang an der Grünwaldstraße gestritten, also ob es eine Unterführung oder eine "Null-Lösung" geben soll. Persönlich halte ich die Unterführung für die beste Lösung, mein Widerstand gegen die "Null-Lösung", also gelegentliche Wartezeiten an der Schranke, ist jedoch auch sehr gering. Die Verfechter der "Null-Lösung" haben hingegen einen sehr hohen Widerstand gegen die Unterführung, weil ihnen der Erhalt von sieben Bäumen sehr wichtig ist. Im Rahmen einer Konsensierung würde man bei diesem Beispiel vermutlich zum Ergebnis kommen, dass die "Null-Lösung" am wenigsten Widerstand hervorruft und somit die beste Lösung der widerstrebenden Interessen ist. Da das Ergebnis einer Bürgerbeteiligung massiv durch die Methode beeinflusst wird (z.B. "Mehrheitsentscheidung vs. systemisches Konsensieren"), wäre es schön, wenn die Methoden zur Konsensfindung im Konzept mit verankert werden. Ansonsten wäre es leicht, durch die richtige Wahl der Methode das Ergebnis im gewünschten Sinne zu verfälschen.</p>
296	<p>Ein Gremium sollte vorab entscheiden. Allerdings sollte hierbei ein Konsens über eine möglichst vielfältige Zusammensetzung herbeigeführt werden. Und - soll es gewählt und nach einem bestimmten Zeitraum neu gewählt werden?</p>
291	Diesen Gedanken möchte ich auch unterstreichen. Er gefällt mir gut, insbesondere im Hinblick auf ein kontinuierliches Feedback.
290	<p>Ich bin beruflich als Gestalterin tätig. Zu Beginn und am Ende jedes Designprozesses werden potenzielle Nutzer:innen als Co-Designer:innen einbezogen. Am Anfang geht es insbesondere darum, ihre Bedürfnisse zu verstehen. In der Mitte können sie an der Ideenentwicklung beteiligt werden. Am Ende geht es darum Entwürfe bzw. Prototypen zu testen und Feedback zu bekommen. Ich denke aus Konzepten wie dem Design Thinking oder Social Design könnte man einiges auf Beteiligungsformate übertragen und sich praktische Methoden abgucken.</p>
287	<p>Auf der Oberseite dieser Befragung ist viel zu viel Text. In Kombination mit den 11 Feldern, auf die man klicken kann, ergibt das eine sehr unübersichtliche Seite. Vielleicht könnte man mehr Inhalte stichpunktbasiert vermitteln. Einfache Sprache und übersichtliche Seiten grenzen weniger Leute aus.</p>
286	<p>Auf der Startseite, dieser Bürgerbeteiligung, auf die ich gerade antworte, gibt es 11 Themen zu denen man antworten kann! Das ist zu unübersichtlich! Es gibt sicherlich einige Leute, die davon abgeschreckt werden. Ist es wirklich nötig, so viele Fragen auf einmal zu stellen? Vorschlag: Am Anfang nur 3..5 Fragen stellen. Gegebenenfalls kann man innerhalb dieser 3..5 Fragen ja noch "Unter-Fragen" vorsehen.</p>
285	<p>Vorschlag: Eine Liste über laufende (und ggf. zukünftige) Beteiligungsverfahren wird folgendermaßen veröffentlicht: - Monatlich per Email-Newsletter / ggf. postalisch für Menschen ohne Internet - Wöchentlich in den Braunschweiger-Zeitungen - Als permanenter Aushang an bestimmten öffentlichen Gebäuden - Auf der Website der Stadt</p>

283	<p>Es sollten sich alle Menschen beteiligen können. Nicht jeder hat das erforderliche Fachwissen, die Zeit sich intensiv einzuarbeiten oder das Durchhaltevermögen, lange Fragebögen auszufüllen. Vorschlag: Wenn man einen Fragebogen ausfüllt, gibt es mehrere Fragen mit zunehmender Komplexität. Die erste Frage hat die geringste Komplexität. Die letzte Frage hat die höchste Komplexität. Derjenige, der den Fragebogen ausfüllt, fängt mit der ersten Frage an und macht so lange weiter, wie er Lust hat. Dann schickt er den Bogen ab, auch wenn noch nicht alle Fragen ausgefüllt sind. Durch die Sortierung mit zunehmender Komplexität, kommen zuerst die niederschweligen Fragen, zu denen viele Menschen eine Meinung abgeben können. Außerdem arbeitet man sich beim Beantworten der Fragen langsam in das Thema ein. Man wird nicht gleich am Anfang von den komplexen Fragen abgeschreckt. Gegebenenfalls könnte man zwischen den einzelnen Fragen auch "Lern-Blöcke" einfügen, die schrittweise Wissen vermitteln, das für die Beantwortung der komplexeren Fragen erforderlich ist.</p>
276	<p>Ein Gremium aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik sollte die Entscheidung darüber treffen, ob das angeregte Verfahren durch die Stadt Braunschweig durchgeführt wird.</p>

ID	Zielgruppe (9x)
333	Die Frage der Beteiligung hängt meiner Meinung nach von der Betroffenheit der entsprechenden Personengruppe ab. Personen / Verbände, die nicht betroffen sind, werden sich nicht beteiligen. Dann sind aber auch keine Einschränkungen der Personengruppe notwendig.
326	In den Verbänden ist sehr viel Know-how vorhanden, welches auf jeden Fall genutzt werden sollte. In Verbänden werden Lösungsansätze aus anderen Städten aus Deutschland und Europa diskutiert und als innovative Ideen in die Planungen in Braunschweig eingebracht. Dabei profitieren zahlreiche Verbände von ihren professionell aufgestellten Bundes- und Landesgeschäftsstellen, in denen Städteplaner, Soziologen, Verkehrsplaner, Juristen, Biologen, Touristker etc. neue Konzepte für die Zukunft erarbeiten. In den bundesweit aufgestellten Arbeitsgruppen findet ein kontinuierlicher intensiver Austausch der Ehrenamtlichen, die in den Kommunen aktiv sind, untereinander und mit den hauptberuflichen Profis statt. Die Vertreter der Verbände leisten einen wesentlichen Beitrag zukunftsweisende Ideen und Konzepte in die Planungen und Diskussionen einzubringen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Verbände frühzeitig und kontinuierlich in die Planungen einzubinden. Nur so kann es gelingen neue innovative Ideen auch in Braunschweig umzusetzen. Wünschenswert sind Diskussionsrunden zwischen Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Bürgerinnen in einem frühen Planungsstadium. Sind die Pläne erst einmal fertiggestellt, lassen sich i.d.R. nur noch Details verbessern.
313	Das klingt theoretisch gut, aber in der Praxis ist es vielleicht wichtiger, einfach die betroffenen Menschen anzusprechen. Um ein Beispiel zu nennen: Ein neuer Spielplatz wird geplant. Als Mann Mitte 40 kenne ich selbstverständlich die Welt, möchte überall mitreden, und ich weiß, wie man den Spielplatz gestalten sollte: a) Eine kleine Holztheke wäre klasse, damit man dort auch ein Feierabend- bzw. Nachkindergarten-Getränk verzehren kann. b) Eine Boulebahn ist unabdingbar, damit Kinder frühzeitig im Leben Boule lernen, weil sie so im späteren Leben immer Freunde finden ... Das Beispiel mag seltsam klingen, aber bei der Spielplatzplanung ist vielleicht nicht verkehrt, exklusiv Kinder und vielleicht noch Eltern zu beteiligen, womit jedoch gegen die obigen Grundsätze verstoßen wird. Und solche Beispiele in der Bürgerbeteiligung gibt es zahlreich, sei es die Gestaltung von Jugendzentren, Outdoor-Sportstätten, Treffpunkte für Menschen mit Migrationshintergrund, Kulturzentren etc. Zu viele Köche verderben dabei zu Brei ...
311	Die Stadt Braunschweig hat auch Gäste, und wenn eine Stadtgestaltung diese Gäste wie z.B. Touristen oder Tagungsreisende betrifft, dann ist es sinnvoll, diese an der Gestaltung zu beteiligen. Ein reales Beispiel aus der Stadt: Vom Bahnhof aus gibt es keinen ausgeschilderten Fußgängerweg ins Stadtzentrum. Für Braunschweiger ist das vollkommen irrelevant, die kennen den Weg ins Zentrum, ja sie bemerken nicht einmal, dass diese Ausschilderung fehlt. Touristen hingegen, die am Bahnhof ankommen, wundern sich, wie sie am Bahnhof einfach ausgesetzt sind, ohne dass ihnen ein schöner Weg gewiesen wird. Speziell was ein Touristik-Konzept betrifft ist es daher sinnvoll, die Zielgruppe auch am Konzept zu beteiligen.
284	Es sollten alle Menschen teilnehmen dürfen. Jeder der teilnimmt, sollte Fragen zu seiner Person beantworten, z. B. Wohnort, Alter, ggf. Migrationshintergrund, Bildungsstatus, Einkommen, etc. Dadurch wird niemand ausgeschlossen und zugleich kann man die Perspektiven unterschiedlicher sozialer Schichten ermitteln. Dann fällt auch auf, wenn nicht-Akademiker, Ausländer, junge Menschen oder arme Menschen unterrepräsentiert sind. Und man sieht auch, wie groß die Meinungsverschiedenheit zwischen verschiedenen Gruppen ist. Bei Bedarf kann man die Meinungen von nicht-Braunschweigern dann gesondert auswerten.

281	<p>Es geht ja um BÜRGERbeteiligung, also sollte schon ein fundamentaler Bezug zur Stadt nachgewiesen werden; also wer hier nicht wohnt, sollte wenigstens hier arbeiten. Diejenigen, die die Stadt mitgestalten wollen, sollten sie auch zu mehr als nur Shopping nutzen.</p>
280	<p>Wohnprojektgruppen, die gegenüber der Stadt ein (generelles) Interesse an ausgewiesenen städtischen Baugrundstücken bekundet haben, sollten bereits in einem frühen Stadium der Planung beteiligt bzw. gehört werden, damit in Bezug auf Größe, Lage, Berücksichtigung gemeinschaftsorientierter Architektur, Erreichbarkeit, etc. die richtigen Weichen für gemeinschaftliches, zukunftsweisendes Wohnen gestellt werden.</p>
277	<p>Netzwerke und Initiativen bündeln Meinungen/Interessen, wie auch Bezirksbürgermeister*innen, Quartiersmanager*innen und Vorsitzende von Vereinen. Durch die Beteiligung dieser Gruppen kann die Akzeptanz der späteren Entscheidung erhöht werden. Ihnen kommt eine Multiplikatorwirkung zu. Sie können zur Teilnahme an Beteiligungsprozessen ermuntern und später den Weg zum Ergebnis erläutern. Netzwerke und Initiativen lassen sich außerdem nur schwer von Beteiligungsprozessen fernhalten.</p>
273	<p>Die Beteiligung von nicht Braunschweiger*innen sollte möglich sein, aber auf die Region Braunschweig begrenzt. Außerdem sollten nicht Braunschweiger*innen den Beteiligungsprozess nicht dominieren, von der Anzahl her. Ein aktives Aufforderungsmanagement zur Beteiligung für nicht Braunschweiger*innen sollte nicht betrieben werden.</p>

ID	Umgang mit den Ergebnissen (7x)
335	<p>Alle Mitwirkenden und insbesondere die, die bei einem Teilnahmeverfahren umfangreiche Stellungnahmen einreichen, haben es verdient, eine positive Rückmeldung zu erhalten. In der Rückmeldung sollte auch dargestellt werden, was mit ihrer Stellungnahme passiert und wie sich der weitere Prozess gestaltet, wo neue Informationen zur Verfügung gestellt werden und ob weitere Teilnahmen geplant sind. "die Stadt Braunschweig bedankt sich für Ihre Teilnahme und Rückmeldung zum Magniviertel. Ihre Beteiligung wurde zur Kenntnis genommen." ist meines Erachtens keine respektable Antwort.</p>
330	<p>Für ihre Entscheidung benötigen die Mitglieder der Ausschüsse und des Rates eine ausgewogene und neutrale Zusammenfassung der in der Beteiligung eingebrachten Ideen, Argumente und Meinungen. Pro und Contra müssen in der Zusammenfassung ohne Bewertung dargestellt werden. Der Zusammenfassung sollte eine Liste aller eingereichter schriftlichen Stellungnahmen beiliegen. Bei Interesse sollte es den Ausschuss- / Ratsmitgliedern möglich sein, einzelne Stellungnahmen vollständig zu lesen. Wichtig für eine fundierte Entscheidung der Ausschüsse / des Rates ist, dass die Mitglieder ausreichend Zeit haben, sich mit den Zusammenfassungen der Teilnahmeprozesse zu beschäftigen. Bei umfangreichen Projekten sind Zwischenberichte hilfreich. Sachverständigengutachten sollten den Mitgliedern des Rates umgehend nach Fertigstellung zur Verfügung gestellt werden.</p>
328	<p>Eine grundlegende Voraussetzung für qualitätsvolle Bürgerbeteiligung ist die Glaubwürdigkeit. Vorrangig natürlich diejenige, mit der die handelnden Personen in der Verwaltung die Bürgerbeteiligung tatsächlich wollen und sie dann als transparenten Prozess durchführen. Es spielt aber auch der Grad des bei den Bürger:innen vorhandenen Vertrauens in diese Ehrlichkeit der Verwaltung eine wichtige Rolle, denn sie entscheidet über eine Teilnahme an sich und auch über die Qualität der Beiträge der Bürger:innen, bzw. über die ihrer Antworten auf gestellte Fragen. Ein wertschätzender Umgang mit den Ergebnissen sollte selbstverständlich sein. Braunschweig hat in beiden Bereichen tatsächlich Vieles auf- und nachzuholen, was in den letzten Jahren verspielt worden ist. Das krasseste Beispiel sei hier kurz geschildert: Die Braunschweiger:innen beschäftigen seit Jahren die Frage entweder der Umgestaltung oder der Sanierung des Brunnenumfeldes auf dem Hagenmarkt. Hier stellte sich die erste „Bürgerbeteiligung“ mit drei Workshops und zwei Informationsveranstaltungen (Bürgerforen) als unzulänglich heraus, weil sie nicht ergebnisoffen war, sondern schließlich ein vorgeblich im Teilnahmeverfahren erzielt „Ergebnis“ präsentiert wurde, das aber von vornherein in seinen Grundzügen bereits durch ein beauftragtes Planungsbüro festgelegt worden war (auch viele Teilnehmer kritisierten dies, fühlten sich nicht ernst genommen, ausgenutzt als Dekoration und „Stimmvieh“). Auch direkt aus der Bevölkerung heraus wurde dann ein zunehmend breiter Widerspruch gegen das Ergebnis laut und es zeigte sich ein grundsätzlicher Widerstand gegen den Abriss und einen Neubau insgesamt. Ein Vielfaches der an den Workshops beteiligten Menschen sprach sich für einen Erhalt und die Sanierung der Grünanlage aus (über 1.400 Unterschriften wurden dafür geleistet). Es wurden auch entsprechende Sach-Argumente vorgetragen und die Volksvertreter im Planungsausschuss erkannten schließlich diesen auf Vernunft gegründeten Bürgerwillen und beschlossen tatsächlich die Sanierung der Grünanlage. Also alles gut?! Nein, leider nicht, denn die Beharrungskräfte in der Verwaltung waren so stark, dass diese Entscheidung nicht akzeptiert wurde. Der Rat der Stadt beschloss stattdessen, eine repräsentative Bürgerbefragung zum Hagenmarkt durchzuführen, der Streit um den Bürgerwillen sollte so wissenschaftlich fundiert ermittelt werden. Eine geeignete und begrüßenswerte Maßnahme. In der Befragung wurde zwar die Grundsatzfrage „Abriss+Neubau versus Erhalt+Sanierung“ nicht direkt gestellt, dennoch war das Ergebnis eindeutig: Die Befragten wurden nach den einzelnen Elementen des Platzes gefragt, welche sie in ihrer „derzeitigen Form“ erhalten wollen. Das Ergebnis: Die Bürger:innen wollen den Erhalt aller Elemente: Der Rasenflächen, der Bäume (Robinien), der Wege, der Sitzbänke am Brunnen. Damit ist also der Bürgerwillen zweifelsfrei evaluiert und dokumentiert. (Sind Sie jetzt etwa verwundert über dieses Faktum? Das liegt daran, dass dieses positive Befragungsergebnis durchgehend verschwiegen wird – wie auch in der Pressemitteilung des OB, wird nur erwähnt gemacht, dass die Befragten mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden sind). Die eigentlich aus dem starken Votum pro Erhalt zu abzuleitende logische Folge war dann ja auch nicht, nunmehr endgültig die Sanierung</p>

	<p>zu beschließen. Der ebenfalls eigentlich aufgrund der Ergebnisse der Befragung unnötig gewordene Freiraumwettbewerb wurde noch durchgeführt und im Anschluss legt doch tatsächlich jetzt die Verwaltung/ der OB erneut eine Beschlussvorlage für einen Abriss/Neubau vor (aktuell für die nächste Sitzung des Ausschusses für Planung und Hochbau am 09.11.2022). Dieses Vorgehen kann nicht anders interpretiert werden, als eine mutwillige Missachtung des Bürgervotums und als fahrlässiges Verspielen letzten Vertrauens der Bürger:innen in das Handeln der Verwaltung. Wohlgermerkt: Es gibt keinen sachlichen Grund, eine Sanierung nicht durchzuführen. Die Bürger:innen bleiben ratlos zurück: Warum nimmt man uns nicht ernst? Und die Frage taucht unweigerlich auf, cui bono? Wie könnte diesem Missstand also abgeholfen werden? Was eine gute Bürgerbeteiligung ist, dass werden Sie hoffentlich in dem hier laufenden Prozess besser fassen und definieren können. Die Stadt könnte sich dann auch eine Satzung geben, in der die Berücksichtigung von Ergebnissen, zumal solchen aus einer wie im oben geschilderten Falle wissenschaftlich-repräsentativen Befragung, oder auch einer von allen Akteuren insgesamt als gelungen anerkannten sonstigen Beteiligung erfolgen muss (nicht „kann“), bei Nicht-Beachtung eine entsprechend ausführliche und sachlich nachvollziehbare Begründung erstellt und öffentlich gemacht werden muss, mit der Möglichkeit des Widerspruchs. Die Implementierung einer für die Bürgerbeteiligung zuständigen und auch die Vertretung von anderen Bürger-Anliegen in der Verwaltung und den Gremien leistenden Planstelle wäre ebenfalls denkbar. Dieses Referat müsste indes im Organigramm gleichgestellt sein zu den übrigen Referaten, um wirklich Einfluss zu erlangen.</p>
307	<p>Jeder kann beteiligen und der Verwaltung das Exposé zukommen lassen, grundsätzlich ist das schon heute möglich und wird doch auch gemacht. Aber ist eine Beteiligung immer notwendig? Ich sehe es schon vor mir, die Stadt steht still, weil die Verwaltung nichts mehr entscheiden darf und die Bürgerschaft bzw. Politik sich nicht einigt. Eine Mischung macht's und auch da ist es wieder eine Abwägung: worüber reden wir denn eigentlich wenn wir sagen beteiligen?</p>
303	<p>Das ist ein schönes Vorhaben, aber ist das ehrlich? Es kommt doch immer auf das Projekt oder Vorhaben an, zu dem beteiligt wird. Manchmal gibt der gesetzliche Rahmen zur Umsetzung nur sehr wenig Spielraum, da kann ich mir als Bürger wünschen was ich will, da ist ein Kompromiss nicht möglich. Beteiligung sollte also nur stattfinden, wenn Beteiligung möglich ist und dann mit klarer Kommunikation zum Spielraum welcher in der Beteiligung gegeben ist. Und mal ehrlich eine Lösung für alle ist utopisch und ein Kompromiss, naja ist manchmal nichts halbes und nichts ganzes, sollte die Stadt nicht eher klar Stellung beziehen und offen kommunizieren was ggf. warum nicht berücksichtigt wurde und warum es trotzdem Sinn macht, die Lösung umzusetzen. Trotzdem sollten die Bürger natürlich abgeholt und mitgenommen werden.</p>
300	<p>Ich möchte diesen Gedanken auch gerne hervorheben. Es ist wichtig dem Prozess nach Verlauf einen Abschluss zu geben und diesen auch nochmal Revue passieren zu lassen. Vielleicht auch mit einem Stichpunkte-Katalog auf die Leitlinie zu prüfen und daraus Erkenntnisse zu erlangen.</p>
279	<p>Bürger*innenbeteiligung funktioniert auf Dauer nur, wenn die Ergebnisse der Beteiligung (wie im Prozess angekündigt) genutzt werden. Contraproduktiv für Beteiligungsprozesse ist es, wenn Ergebnisse später von der Politik (oder der Verwaltung) geändert werden! Daher muss die Leitlinie und ihre Anwendung von der Politik beschlossen werden und verbindlich sein!</p>

ID	Themenvorschläge für Beteiligung (6x)
318	<p>Eine sinnvolle Ergänzung einer solchen Anlaufstelle wäre die Unterstützung bei kommunalen Crowdfundingprozessen. Gerade in Zeiten klammer öffentlicher Haushalte ist das Sammeln von Geldern zur Umsetzung von Bürgerideen sinnvoll, um Projekte zu finanzieren, für die ansonsten kein Geld da wäre. Ein Beispiel: Bürger wünschen sich in der Innenstadt einen Hundebrunnen, damit Hunde beim Shoppengehen auch etwas trinken können. Die Stadt sagt dazu aktuell vermutlich: "Das ist eine sehr charmante Idee, aber leider ist kein Geld da." Mit kommunalem Crowdfunding und einer Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung ließe sich eine solche Idee leicht realisieren. Die Anlaufstelle unterstützt zunächst die Ideengeber beim Erstellen einer Crowdfunding-Kampagne. Anschließend wird eine Pressemitteilung an die BZ herausgegeben: "Ein Hundebrunnen für Braunschweig? Wer möchte unterstützen?" Und sollte dann genug Geld gesammelt werden, wird der Brunnen gebaut, und wenn nicht, dann halt nicht. Kommunales Crowdfunding wird schon in zahlreichen Kommunen erfolgreich genutzt, mehr als 1000 erfolgreiche Projekte findet man zum Beispiel hier: www.kommunales-crowdfunding.de/projects/overview/</p>
325	<p>Straßen werden in der Stadt aufgerissen und dann dauert es Monate und oft Jahre bis etwas fertig wird. Dabei gehen viele Existenzen zu Grunde, dass muss nicht sein und oft werden die Straßen kurze Zeit später wieder aufgerissen 🤔 Im Juni 2022 hat ein internationales Team auf meiner Straße Glasfaser verlegt und in wenigen Stunden waren die Gruben vorm Haus wieder geschlossen und wacklige Platten prima verlegt. Das Problem der Stadt ist vermutlich, dass nur die preiswertesten und unfähigsten Firmen den Zuschlag bekommen. Lernt man denn gar nichts aus den negativen Erfahrungen der Vergangenheit ???</p>
324	<p>Leider vermisse ich ein Gesamtkonzept oder eine Vision für das "Braunschweig der Zukunft". Viele Einzelprojekte, die z. T. verknüpft werden könnten, um wirklich gute Lösungen über ein Gebäude oder einen Platz hinaus finden zu können. Z. B. Hagenmarkt: Ein jahrelanges Planen, doch kein städtebauliche Zusammenhang zwischen dem Bereich "Markthalle" oder bis zum Marstall, der ebenfalls zurückgebaut werden soll. Der ehemalige Bunker Kaiserstraße ist jetzt ein durchschnittliches "Townhaus". Hätte er nicht die neue Musikschule werden können? Zum Einwohnermeldeamt hat man jetzt einen weiten Weg, obwohl es dort zentral erreichbar war und es demnächst durch die neue Gestaltung ein angenehmer Behördengang gewesen wäre. Dazu setzte die Jugendherberge einen so positiven Akzent. Wie die Kemenate zuvor. Ein Neustadtrathaus steht dort auch noch. Ein ganz tolles Areal, das städtebaulich und sozial außergewöhnlich gut neu strukturiert hätte werden können. Es wäre sicherlich eine Überlegung wert, ob mit zusammenhängender Planung nicht Mehrwerte erzielt werden könnten.</p>
322	<p>Als 75 jährige tägliche Radlerin, möchte ich widerrechtliches radeln umgehen. Aus der Weststadt kommend, (tägl. ca 2000 Radler) muss ich die Münchenstr. queren, zur Zeit am Burger King, an einer Fußgängerampel, um zum Ringgleis Broitzemerstr.zu gelangen. Vorschlag: Wenn sie den Radweg, auf der Seite wo Shell ist, ab der Emsstr. Richtung Tangentenbrücken, zweispurig befahrbar machen könnten, wäre das ein Superweg und die preiswerteste und einfachste Lösung für das überqueren der Strasse.ohne Fehlverhalten. Danke freundlichst Gisela Bozic</p>
316	<p>Bürgerbeteiligungsräume sollte auch langfristig in die Planungen mit aufgenommen, damit auch nach der Fertigstellung von Projekten Räume für Beteiligung vorhanden sind. *** Ein Beispiel, wie das funktionieren könnte, ist Leonhards Garten. Die Stadt hat dort einen Ort geschaffen, der aus einem dysfunktionalen Spielplatz und einer Wiese ohne Aufenthaltsqualität besteht. Ein solcher Ort eignet sich ideal für einen Bürgergemeinschaftsgarten, der direkt von den Anwohnern vor Ort nach ihren Wünschen gestaltet werden könnte zum Beispiel mit Kräuterhochbeeten, Platz für Gemeinschaftsveranstaltungen wie ein Nachbarschaftsweihnachtsmarkt und echten Spielmöglichkeiten für Kindern. Daher sollten Orte für direkte Bürgerbeteiligung zum Beispiel in Form von frei</p>

	<p>gestaltbaren Gemeinschaftsgärten oder Nachbarschaftszentren direkt in Planungen eingebaut werden, damit auch zukünftig eine direkte Beteiligung ermöglicht wird ... Ein gutes Beispiel für ein solches Projekt, das einen Freiraum nutzt, ist der Nachbarschaftsgarten Baulücke: www.tthannover.de/projekte/bauluecke/</p>
315	<p>Das obige Thema ist wichtig, nach meiner Auffassung gehört es auch in die Auftragsvergaben der Stadt Braunschweig. Es bringt leider nur wenig, das zu fordern, wenn anschließend für die Stadtgestaltung Unternehmen oder Stiftungen beauftragt werden, denen solche Vorgaben herzlich egal sind. Um zwei Beispiele aufzuführen: * Das Stadtmarketing veranstaltet seit vielen Jahren den "modeautofrühling", also ein Event, das ungefähr so ökologisch wertvoll und divers ist wie ein Poller. Transparenz wie es zu dem Event kommt? Null. Bürgerbeteiligung? Zero. Wäre es denkbar, dass die Bürger und Kaufleute der Stadt bessere Ideen haben, wie man die Innenstadt beleben kann? Durchaus! * Eine Stiftung gestaltet zurzeit den Löwenwall neu und baut dort eine "Reminiszenz an eine Trinkhalle". Transparenz wie es zu diesem Projekt kommt und wer es sich wünscht? Null. Bürgerbeteiligung? Zero. Wäre es denkbar, dass die Bürger der Stadt bessere Ideen für den Löwenwall haben? Durchaus! Daher wäre es wünschenswert, dass diese Transparenz und Bürgerbeteiligung auch bei Auftragsvergaben eingefordert wird, da ansonsten Bürger nur beteiligt werden, wo es gewünscht ist, und die Stadtgestaltung bei unerwünschten Beteiligung intransparent in städtische Gesellschaften/Stiftungen ausgelagert wird.</p>

ID	Präambel (5x)
312	<p>Braunschweig hat schon ein gutes Instrument zur Bürgerbeteiligung, das jedoch kaum in der Bevölkerung bekannt ist und nur von wenigen genutzt wird: die Ideenplattform: www.mitreden.braunschweig.de/dialoge/ideenplattform Im Sinne der Bürgerbeiligung wäre es daher sinnvoll, diese Plattform zu stärken. Aktuell hat die Plattform noch ein großes Manko: Ideen benötigen 50 Unterstützerstimmen, um überhaupt von der Verwaltung geprüft und den politischen Gremien vorgelegt zu werden. An dieser Hürde scheitern rund 90 Prozent der Vorschläge, unabhängig von der Qualität der Idee. Priviliert sind daher Menschen mit einem großen Online-Freundeskreis, die bei diesem für ihren Vorschlag werben und ihn so zur Prüfung bringen. Eine einfache Möglichkeit, die Plattform zu stärken, wäre daher diese 50-Stimmen-Hürde abzuschaffen. Es reicht eine einfache Prüfung der Verwaltung: a) Liegt die Idee überhaupt in der Einflussnahme der Stadtverwaltung? (Das Ikea-Bällebad zu vergrößern ist z.B. eine solche Idee, die sicherlich wünschenswert ist, aber auf welche die Stadt keinen Einfluss hat.) b) Ist der Vorschlag rechtlich überhaupt umsetzbar? (Beispiel: Tempo 100 auf dem Ring zu erlauben, um ihn zu einer Rennstrecke zu machen, ist vielleicht ein toller Vorschlag, verstößt jedoch gegen die STVO und ist somit nicht umsetzbar.) c) Was würde eine Umsetzung der Idee schätzungsweise kosten? Anschließend kann man alle Ideen den betreffenden politischen Gremien vorlegen (Stadtbezirksrat bzw. Fachausschuss) und die Politik entscheiden lassen, ob die Idee sinnvoll ist und ob und wie sie umgesetzt werden soll. Eine Agentur für Bürgerbeteiligung könnte auch dabei hilfreich sein, Ideen so zu formulieren, dass sie politisch besser umsetzbar bzw. als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgern dabei helfen, evt. Hindernisse an einer möglichen Umsetzung frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Zusätzlich dazu wäre es auch klasse, wenn die Ideenplattform z.B. durch Werbemaßnahmen bekannter gemacht wird.</p>
308	<p>Woher weiß eine Initiative eigentlich was die Mehrheit will oder gut ist? Heißt doch aber, die Initiativen müssten beteiligen, oder?</p>
292	<p>Das alles ist gut und schön. Doch wer weiß wieviel die Stadt auf gemeldete Mängel oder Vorschläge eingeht. Angenommen ich mache einige Vorschläge oder melde Mängel und mach die Erfahrung, das darauf nicht eingegangen wird oder die Mängel nicht beseitigt werden, weil es z.B. sich politisch keine Mehrheit findet/nicht relevant ist/ zu teuer oder zweitrangig sind? Mache ich die Erfahrung oft, verliere ich das Interesse mich zu beteiligen. Von wegen Bürger gestalten u.s.w. Wie sagen noch Politiker "Ich mache Politik um zu gestalten". Ich sehe eher das Gegenteil und das jeden Tag! Sprüche wie, Wer nichts bewegt, geschenkt!</p>
282	<p>Vielleicht sollte zunächst geklärt werden, was zu einem "Projekt" dazugehört? Besteht es nur aus Planung und Umsetzung oder kommt am Ende auch noch eine Bewertung? Aus meiner Sicht ist letzteres Wichtig! Niederschwellige Beteiligung ist dann sowohl am Anfang als auch am Ende gut möglich. Anfangs kann über abstrakte Ziele gesprochen werden. Zum Beispiel: Mehr Parkplätze oder mehr Spielplätze, in der Innenstadt oder am Stadtrand, ein zentrales Gebäude oder mehrere verteilte Gebäude, Solche eher philosophischen Fragen erfordern eher weniger Einarbeitung und Fachwissen. Während der Projektumsetzung sollte dann Berichtet werden, was gerade passiert und was als nächstes passiert. Die Öffentlichkeit kann dann zumindest intervenieren, wenn in der konkreten Umsetzung aus Ihrer Sicht Mängel auftauchen. Zum Beispiel: Muss wirklich die gesamte Straße gesperrt werden? Oder könnte ein Weg für Anwohner frei bleiben? Nach Projektabschluss sollte immer von der Öffentlichkeit bewertet werden, was gut gelungen ist und wo es Probleme gibt. Diese Erkenntnisse sollten in Folgeprojekten berücksichtigt werden.</p>
271	<p>Bürgerbeteiligung in einem frühen Stadium muss qualitative Ziele in den Fokus nehmen. Sonst läuft sie Gefahr für alle Beteiligten frustrierend zu sein, da sich von Bürger:innen eingebrachte Lösungsvorschläge häufig, nach tieferer fachlicher Auseinandersetzung als nicht realisierbar erweisen.</p>

ID	Breite Beteiligung und hohe Diversität (3x)
334	Die Hemmschwellen, sich zu beteiligen, müssen niedrig sein. Bevölkerungsgruppen, die sich selten beteiligen, sollten speziell angesprochen werden. Bei Veranstaltungen muss die Moderation darauf achten, dass auch die "stillen" zu Wort kommen. Ein ausgewogenes Verhältnis der Wortbeiträge entsprechend der Diversität der Bevölkerung ist anzustreben.
275	Stadt ist Vielfalt und diese Vielfalt der Interessen sollte genutzt werden, um die Stadt weiter zu entwickeln. Wenn man auf Gruppen, die sich erfahrungsgemäß wenig in Bürgerbeteiligungsverfahren einbringen, zu geht und so aktivieren kann, ist das ein Zeichen von Wertschätzung. Zusätzlicher Aufwand darf kein Argument sein, um Interessen von Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen. Hier müssen die Unterschiede zum Thema "breite Beteiligung" herausgearbeitet werden!
274	Eine breite Beteiligung und hohe Diversität ist wichtig, damit die Ergebnisse nicht nur eine Minderheiten Meinung darstellen. Hierfür muss das Beteiligungsmanagement der Stadt ein Vorgehen entwickeln, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen angesprochen werden können. "Ansprechpunkte" könnten sein: Jugendtreffs, Stadtteiltreffs, Initiativen, Sportgruppen, bis hin zu Infoständen auf den Quartiersplätzen!

ID	Interessenausgleich (3x)
332	<p>Grundsätzlich kann ich dem oben geschriebenen zustimmen. Bei der Kompromissfindung sind allerdings persönliche Partikularinteressen anders zu bewerten als das Allgemeininteresse bzw. das Interesse einer größeren Gruppe. Beispiel: Zur Förderung des Radverkehrs soll ein Radweg gebaut werden (Interesse einer größeren Gruppe). Für den Bau des Radweges müssen Parkplätze entfallen. Dem entgegen stehen die Anlieger, die ein Interesse daran haben, die Parkplätze vor ihrer Haustür nicht zu verlieren. Da gibt es aus meiner Sicht keinen Kompromiss, der eine gute Lösung für alle darstellt. Das Allgemeininteresse bzw. das Interesse der größeren Gruppe ist in solch einem Fall höher zu bewerten als das Interesse einzelner Personen. Die Parkplätze müssen dem Radwegebau weichen.</p>
331	<p>Die Idee der Konsensierung klingt erst einmal gut. Für mich stellt sich allerdings die Frage, in wie weit bei dieser Methode innovative und zukunftsweisende Ideen eine Chance auf Umsetzung haben. Die meisten Menschen sehen Änderungen in ihrem Umfeld kritisch. Am besten bleibt alles wie es ist. Gerade in der heutigen Zeit ist es aber notwendig neue zukunftsfähige Wege zu gehen. Kann dies mit der Methode der Konsensierung gelingen?</p>
317	<p>Netzwerke und Initiativen sind im Kern Lobbygruppen, die sich schon aus Gründen der Vertretung ihrer Interessen hinreichend an Bürgerbeteiligungen beteiligen. Um's Anhand eines Beispiels zu erklären: Sobald ein neues Viertel gebaut wird, gibt es Petitionen vom ADAC und ADFD. Der ADAC fordert: "Wir brauchen mehr Parkplätze! Und mehr Straßen für Autos! Autos sind wichtig für die Wirtschaft!" Der ADFC hingegen fordert: "Wir brauchen sicherere Fahrradwege! Mehr Fahrradstände! Autos raus!" Nach meiner Einschätzung dominieren solche Lobbyverbände oft bei Bürgerbeteiligungen, was man am Innenstadt-Dialog sieht. Rund 40 Prozent der Vorschläge dort waren verkehrlicher Natur und tragen zum Teil deutlich die Handschrift vom ADAC und ADFC: www.innenstadtdialog-braunschweig.de Eine gute Frage wäre daher: Wie beteiligt man Initiativen und Lobbygruppen, die häufig gute Ideen haben, und verhindert gleichzeitig eine Dominanz dieser Lobbygruppen im Beteiligungsprozess?</p>

ID	Zentrale Stelle (2x)
323	<p>... doch wie funktioniert es dann weiter? Wie bei der Mitreden-Plattform? Die Hürde von 50 registrierten Unterstützern ist zu hoch. Auch gute Impulse gehen so verloren. Ein analoge Anlaufstelle wäre wünschenswert, damit auch ältere Einwohner sich einbringen können.</p>
278	<p>Eine zentrale Anlaufstelle für Beteiligungsprozesse ist ein MUSS! Nur so kann Kontinuität gewährleistet sowie Erfahrungen und Kontakte aus vorherigen Beteiligungsprozessen gesichert werden. Auch Methodenkompetenz kann so aufgebaut werden (was funktioniert, was funktioniert nicht). Eine zentrale Anlaufstelle sorgt für Effektivität und Effizienz bei der Beteiligung. Alternativ würden immer wieder neue Personen die gleichen Fehler wiederholen, was zu Frust bei den Personen und der beteiligten Bevölkerung führt.</p>